

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

26.10.2021

Einwanderung aus Afghanistan unter dem Deckmantel der „Ortskraft“ unterbinden – „Wir können nicht alle Probleme dieser Welt bei uns lösen“ (Böhm)

Wie der „Spiegel“ kürzlich berichtete, will die Bundesregierung künftig rund 200 Afghanen pro Woche über Pakistan nach Deutschland holen. Zur Situation der bereits in Bayern lebenden Afghanen hatte sich der oberfränkische AfD-Abgeordnete Martin Böhm bei der Staatsregierung erkundigt und kürzlich eine Antwort erhalten: So haben derzeit fast 40.000 afghanische Bürger ihren Wohnsitz im Freistaat. Über zwei Drittel davon sind Männer. Insgesamt bezogen 14.046 Afghanen ALG II (Hartz IV) und 626 ALG I. Zahlreiche weitere erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Der bundes- und europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, erklärt dazu folgendes:

„Bereits die erste Evakuierungsaktion war ein reines Chaos. Die Hälfte der nach Deutschland ausgeflogenen Personen waren weder ‚Ortskräfte‘ noch anderweitig schutzbedürftig. Sogar bereits in Deutschland verurteilte Kriminelle wurden wieder ins Land geholt!

Auch in Bayern leben zahlreiche Afghanen, die vom Steuerzahler durchgefüttert werden müssen. Wer sich mit der Kultur dieser Menschen auskennt, weiß, dass die meisten von ihnen nur gegenüber ihrem Stammesverband Loyalität empfinden und einer besonders strengen Auslegung des Islam anhängen. Eine wirkliche Integration in unsere Gesellschaft ist daher meist zum Scheitern verurteilt.

Ich fordere die Staatsregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die aktive ‚Evakuierung‘ von Afghanen nach Deutschland unverzüglich gestoppt wird! Wesentlich sinnvoller ist es, tatsächliche Flüchtlinge in Nachbarländern Afghanistans unterzubringen. Wir können nicht alle Probleme dieser Welt bei uns lösen. Und der deutsche Steuerzahler kann nicht allen Menschen aus der Dritten Welt ein besseres Leben finanzieren.“